

HISTORISCHES
JAHRBUCH
DER
STADT LINZ

1980

Linz 1981

Herausgegeben vom Archiv der Stadt Linz

INHALT

	Seite
Abkürzungen	7
Verzeichnis der Mitarbeiter	8
Vorwort des Bürgermeisters	9
Siegfried Haider (Linz): Zum Problem karolingischer Pfalzen in Oberösterreich	11
Fritz Mayrhofer (Linz): Zum Übergang von Linz an die Babenberger	39
† Max Neweklowsky (Linz): Marianne Willemer und Linz, ihre Ahnentafel und die oberösterreichische Familie Pirngruber	57
Georg Wacha (Linz): Marianne van Gangelt, verheiratete Marianne Willemer	81
Anneliese Schweiger (Linz): Die Stadt Linz in den Napoleonischen Kriegen. Die französischen Besetzungen der Stadt in den Jahren 1800, 1805 und 1809 und deren wirtschaftliche Auswirkungen	109
Kurt Tweraser (Fayetteville): Der Linzer Gemeinderat 1914 – 1934. Krise der parlamentarischen Demokratie	199
Buchbesprechungen	275

KURT TWERASER

DER LINZER GEMEINDERAT 1914 – 1934

Krise der parlamentarischen Demokratie

EINLEITUNG

Der Verfasser legt hiermit den zweiten Teil einer auf drei Abschnitte angelegten vergleichenden Abhandlung über den Gemeinderat vor. Der erste Abschnitt behandelte die Periode bürgerlicher Herrschaft.¹ Der zweite Abschnitt analysiert eine Periode, die sich in historischer Perspektive als ein Übergang von einer Ära der Plutodemokratie vor 1914 zu einer Ära der Technodemokratie nach 1945 darstellt.² Vergleicht man Linz vor dem 1. Weltkrieg und nach dem 2. Weltkrieg, ist es offensichtlich, daß die Stadt einem ungeheuren Modernisierungsprozeß in sozioökonomischer und politischer Hinsicht unterworfen wurde – einer Transformation von einem Zentrum von Handel, Transport und Verwaltung zur industriellen Großstadt. Modernisierung ist jedoch ein Prozeß, der nicht in allen Sektoren der Gesellschaft gleichzeitig erfolgt. Das Linz der demokratischen Zwischenkriegszeit ist ein Paradebeispiel eines Ungleichzeitigkeitssphänomens. Eine relative Modernisierung der politisch-konstitutionellen Sphäre, die durch den Aufstieg der Massenparteien, speziell der Sozialdemokratischen Partei, bedingt war, wurde begleitet von einem Zustand der Stagnation in der ökonomischen Sphäre. Der Widerspruch zwischen politischer Modernisierung und ökonomischer Stagnation, der der parlamentarischen Demokratie angelastet wurde, führte 1933 – 34 zu einem Versuch, die Diskrepanz durch Angleichung der politischen Sphäre an die vorher modernisierte ökonomische zu verdecken. Der Nationalsozialismus andererseits stellt sich als Versuch dar, eine atavistische Sphäre mit einer modernisierenden ökonomischen zu vereinbaren. Erst die 2. Republik beseitigte die ökonomische und politische Konfliktlage.³

¹ Siehe meinen Aufsatz Der Linzer Gemeinderat 1880–1914. Glanz und Elend bürgerlicher Herrschaft. In: *HistJbL* 1979, 293–341. Dazu auch meine stark gekürzte Fassung des Gesamtprojekts: *Structural Changes in the City Council of Linz, Austria 1890–1970*, Tagungspapier für die Western Association for German Studies, 12.–13. Oktober 1979, Stanford University, Palo Alto, California.

² Zur Begriffserklärung vgl. Maurice Duverger, *Modern Democracies. Economic Power versus Political Power*, New York 1974.

³ Etwas vereinfacht kann man sagen, daß die Unfähigkeit des Kapitalismus, die Krisen von Produktion und Verteilung in den frühen zwanziger und dreißiger Jahren zu meistern, den Aufstieg radikaler Elemente ermöglichte. Diese Unfähigkeit führte zu einer sozialen Verunsicherung der Oberschicht und des alten, aber auch beträchtlicher Teile des neuen Mittelstandes. Dies zeigt sich besonders in der Blockade, die über die Fähigkeiten der aufsteigenden Schicht des neuen Mittelstandes verhängt wurde. Österreich war in diesem Sinn ein klassisches Beispiel einer eigensinnigen deflationären Wirtschaftspolitik, die zu struktureller Arbeitslosigkeit führte und auf diese Weise eine Schicht, deren Befähigung einer modernen Wirtschaftsordnung angepaßt war,

Abgesehen von obiger breiter historischer europäischer und österreichischer Perspektive muß die Stadt auch im Rahmen oberösterreichischer Besonderheiten verstanden werden. Es wird allgemein angenommen, daß Oberösterreich zwischen 1918 und 1933 ein gemäßigtes politisches Klima besaß.⁴ Erste Aufgabe dieser Arbeit war es daher, die politische Struktur Oberösterreichs zu skizzieren, um damit einen Hintergrund zu schaffen, gegen den die politische Struktur der Stadt Linz verglichen werden konnte. Man kann nicht ohne weiteres voraussetzen, daß ein politisches System, das von bäuerlichen Kräften dominiert wurde, wie der oberösterreichische Landtag, seine Replik in einem von Sozialdemokraten politisch geleiteten Stadtmilieu finden würde. Der erste Hauptteil dieser Arbeit besteht jedoch aus einer Analyse der parteipolitischen Kräfte der Stadt Linz. Der auf Grund allgemeiner Wahlen von 1919, 1923, 1927 und 1931 bestellte Gemeinderat wurde dazu herangezogen. Die Daten wurden in Forschungsaufenthalten in den Sommern 1979 und 1980 in Linz gesammelt. Besonders ergiebig erwies sich eine qualitative Untersuchung der Gemeinderatsprotokolle.⁵ Zur allgemeinen österreichischen Entwicklung wurde die einschlägige Literatur herangezogen, wobei sich die Veröffentlichungen der Wissenschaftlichen Kommission des Theodor-Körner-Stiftungsfonds und des Leopold-Kunschak-Preises zur Erforschung der österreichischen Geschichte der Jahre 1918 bis 1938 als außerordentlich wertvoll erwiesen.

Bewegungen in die Arme trieb, deren Hauptzweck es war, soziale Anomalien zur Untergrabung der parlamentarischen Demokratie auszunutzen. Der Versuch, die kapitalistische Wirtschaftsordnung zwischen 1934 und 1938 durch den „Ständestaat“ zu retten, versagte, da er sich auf statische Elemente wie den alten Mittelstand stützte und einen kuriosen Rückfall in die josephinische Bürokratie brachte. Der Nationalsozialismus verband wirtschaftliche Dynamik mit politischem Atavismus. Gerade diese Periode und der nachfolgende Kalte Krieg lieferten die Hauptimpulse für die wirtschaftliche Modernisierung der Stadt. Im Gegensatz zu Zwischenkriegszeit bestand die Macht der Sozialdemokratie nicht nur im Wählerreservoir, sondern auch in einer festen wirtschaftlichen Basis in der verstaatlichten Industrie und in den expandierenden Interessenverbänden, in denen sie den größten Einfluß besaß. Die Fusion einer restaurierten parlamentarischen Demokratie mit einer hochkonzentrierten Form des Kapitalismus führte zur faktischen Assimilation der Sozialdemokratie. Die Kooperation zwischen den Großparteien und den großen Interessenverbänden stülpte in den entscheidenden Jahren nach 1945 einen „eisernen Käfig“ der ökonomischen Rationalität über die verbliebenen emotionalen und ideologischen Reste der Zwischenkriegszeit.

⁴ Dies scheint mir die essentielle Aussage Harry Slapnickas zu sein. Vgl. seine Werke *Von Hauser bis Eigruber, Eine Zeitgeschichte Oberösterreichs*, Linz 1974 (Beiträge zur Zeitgeschichte Oberösterreichs 1); *Oberösterreich – Zwischen Bürgerkrieg und Anschluß (1927–1938)*, Linz 1975 (Beiträge zur Zeitgeschichte Oberösterreichs 2); *Oberösterreich – Die politische Führungsschicht 1918–1938* (Linz 1976) (Beiträge zur Zeitgeschichte Oberösterreichs 3). Zu dieser Ansicht gelangt auch Evan Bukey, University of Arkansas, Fayetteville, in seinem unveröffentlichten Manuskript *Hitler's Home Town. Society and Politics in Linz, Austria, 1908–1948*. Eine etwas andere Ansicht kann man aus repräsentativen Publikationen des sozialdemokratischen und christlichsozialen Lagers entnehmen. Vgl. dazu Tätigkeitsberichte der Sozialdemokratischen Partei Oberösterreichs, 1923–1931; Felix Kern, *Oberösterreichischer Bauern- und Kleinhauslerbund*, 2. Bd., Ried 1956. Besonders die letzte Publikation gibt, da sie zeitlich so weit vom unmittelbaren Parteienstreit entfernt ist, durch ihren schrillen ideologischen Ton einen realistischen Eindruck von der Schärfe des Feindbildes in der Zwischenkriegszeit.

⁵ Für die verständnisvolle Unterstützung seines Forschungsunternehmens schuldet der Verfasser dem Direktor des Linzer Stadtarchivs, Dr. Fritz Mayrhofer, Dank. Ich bin auch Herrn Dr. Evan Bukey verbunden, der mir Einsicht in Daten ermöglichte, die er im Allgemeinen Verwaltungsarchiv in Wien über Linz und Oberösterreich gesammelt hat.

Der zweite Hauptteil, die soziologische Analyse, ist das Ergebnis einer Aufarbeitung sozialstatistischer Daten nach den Merkmalen Geschlecht, Alter, Religionszugehörigkeit, Schulbildung, geographische Herkunft, ausgeübter und erlernter Beruf sowie Schichtzugehörigkeit. Dieser Teil der Untersuchung stützt sich hauptsächlich auf biographische Materialien in der Mandatarskartei des Linzer Stadtarchivs. In den Schlußbetrachtungen wird versucht, die prinzipiellen Ergebnisse der Studie zusammenzufassen, darzustellen, wie politische Entwicklung sich in der Sozialstruktur des Gemeinderates widerspiegelt, und zu einem Urteil zu gelangen, inwieweit man aus der Transformation der soziologischen Struktur des Gemeinderates auf die Adaption des politischen Systems zum säkularen Wandel des Massenzeitalters schließen kann.

II. POLITISCHE STRUKTUREN IN OBERÖSTERREICH: KONKURRENZDEMOKRATIE ODER KONKORDANZDEMOKRATIE?

Die Politik der 1. Republik wird von der Politikwissenschaft mit einem konfliktorientierten, zentrifugalen Demokratiemodell erklärt, die der 2. Republik zumindest vor 1966 mit einem konsensorientierten Konkordanzmodell.⁶ Der prinzipielle Prozeß, der beiden eigen ist, besteht in der Segmentierung der Gesellschaft in rivalisierende Lager, ein interner Integrationsprozeß, der auch „Versäulung“ genannt wird.⁷ Die weltanschaulichen Präferenzen der konkurrierenden Substrukturen stellen alle anderen Präferenzen in den Schatten. Kommunikation, soziale Beziehungen, Zugehörigkeit zu Vereinen usw. spielen sich innerhalb der Substrukturen ab. „Cross pressures“ sind auf ein Minimum reduziert.⁸ Was nach dem Konkordanzmodell die 1. von der 2. Republik unterscheidet, ist die Rolle der Eliten. In der 1. Republik waren die Eliten Gefangene ihrer Substrukturen, und, da im politischen Entscheidungsprozeß von den dominierenden Feindbildern geleitet, einem kompetitiven Muster der Konfliktregulierung verschrieben. In der 2. Republik adoptierten die Eliten Verhaltensmuster – bei Lehmbruch als Konkordanzhaltung, bei Lijphart als Konsozialismus bezeichnet – die es trotz prinzipieller ideologischer Gegensätze den politischen Gegnern ermöglichten, freundliche Abkommen (*amicabilis compositio*) zu erzielen.

⁶ Dazu etwa Gerhard Lehmbruch, *Proporzdemokratie. Politisches System und politische Kultur in der Schweiz und Österreich*, Tübingen 1967; Arend Lijphart, *Typologies of Democratic Systems*. In: *Comparative Political Studies*, 1 (1968/69), 3–44; G. Bingham Powell, Jr., *Social Fragmentation and Political Hostility, An Austrian Case Study* (Hallein), Stanford 1970; Kurt Steiner, *Politics in Austria*, Boston 1972; Val R. Lorwin, *Segmented Pluralism. Ideological Cleavages and Political Cohesion in the Smaller European Democracies*. In: *Comparative Politics*, 3 (Jan. 1971), 141–175; Jeffrey Obler, Jürg Steiner, Guido Dierckx, *Decision-Making in Smaller Democracies. The Consociational „Burden“*, Beverly Hills 1977; Rudolf Steininger, *Polarisierung und Integration. Eine vergleichende Untersuchung der strukturellen Versäulung der Gesellschaft in den Niederlanden und Österreich*, Meisenheim 1975.

⁷ Zur ursprünglichen Formulierung der Lagertheorie vgl. Adam Wandruszka, *Österreichs politische Struktur*. In: *Geschichte der Republik*, hrsg. v. Heinrich Benedikt, Wien 1954, 289 ff.; zur Versäulung vgl. Peter Gerlich, *Politisches System und Integration*. In: *Die österreichische Gesellschaft*, hrsg. v. Erich Bodzenta, Wien 1972, 179 ff.

⁸ Rodney P. Stiefbold, *Segmented Pluralism and Consociational Democracy in Austria. Problems of Political Stability and Change*. In: *Politics in Europe. Structures and Processes in Some Post-industrial Democracies*, hrsg. v. Martin O. Heisler, New York 1974, 177 ff.

Um nun die Frage zu beantworten, ob das Land Oberösterreich bereits in der 1. Republik eine Konkordanzdemokratie war, muß man auch gewisse Vorbedingungen für Elitenkartelle berücksichtigen.⁹ Es ist nicht genug, daß die Eliten der rivalisierenden Substrukturen willens sind, die divergierenden Interessen auszugleichen, weil sie sich auf die Erhaltung des Systems geeinigt haben. Vorbedingungen, die das Regieren durch ein Elitenkartell erleichtern, sind u. a. äußerliche Bedrohung, ein hoher Grad von interner politischer Kohäsion der Substrukturen, d. h. Mitgliederparteien statt Wahlparteien, und eine weitgehende Akzeptierung des Prinzips der Elitenkooperation bei den Massen.¹⁰ Nicht unerwähnt sollen auch die wirtschaftlichen Bedingungen bleiben, die in der 1. und 2. Republik grundverschieden waren.

Ohne Zweifel war Oberösterreich ein segmentiertes Land. Zwar ist totale Integration unmöglich, aber jedes Lager erhielt Unterstützung von bestimmten sozialen Gruppen, jedes hatte seine eigene Weltanschauung, jedes Lager übte Kontrolle über das Leben der Anhänger aus.¹¹ Am weitesten fortgeschritten war die Integration nach innen und die bewußte Abschließung nach außen bei den Sozialdemokraten. In Linz zumindest waren die Bestrebungen, ein eigenes sozialistisches Milieu zu schaffen, beträchtlich fortgeschritten, obwohl die Isolierung zu einem Staat im Staate, weitgehend gelungen in Wien, nicht realisierbar war.¹² Das christlichsoziale Lager wies einen geringeren Grad an Integration auf als das sozialistische. Die soziale Basis war heterogener, da es Menschen aus verschiedenen sozioökonomischen Gruppen einschloß, hauptsächlich Bauern, kleine und mittlere Gewerbetreibende, Arbeiter und öffentliche Angestellte. Das christlichsoziale Lager in Oberösterreich besaß aber im Katholischen Volksverein eine starke, aktive Parteiorganisation und eine Anzahl katholischer Organisationen, die integrative Funktionen wahrnahmen. Die Interessengegensätze fanden ihren Ausdruck in Gruppenbildungen im politischen Vorfeld der Partei. Dies gilt in Linz vor allem für die christliche Arbeiterbewegung in ihrer Verbindung von Antimarxismus und Antikapitalismus.¹³ Die Klammer des Katholizismus war jedoch stark genug, die Differenzen auszugleichen und den Lagercharakter zu bewahren.

Dem nationalen Lager hingegen gelang es nicht, ein eigenes geschlossenes soziales

⁹ Ernst Hanisch hat jüngst diese Frage für Salzburg gestellt: Die sozialdemokratische Fraktion im Salzburger Landtag 1918–1934. In: *Bewegung und Klasse. Studien zur österreichischen Arbeitergeschichte*, hrsg. v. Gerhard Botz, Hans Hautmann u. a., Wien 1978, 247–268.

¹⁰ Arend Lijphart, *Consociational Democracy*. In: *World Politics*, 21 (1968/69), 207–225.

¹¹ Alfred Diamant, *The Group Basis of Austrian Politics*. In: *Journal of Central European Affairs*, XVII (1958), 135–155.

¹² Eine ausgezeichnete Analyse der kulturellen Lagerbildung findet sich bei Ernst Koref, *Die Zeiten meines Lebens*, Wien 1980, 131–146. Für eine zeitgenössische Beschreibung vgl. auch das manchmal abstruse, aber seitenweise interessante Werk Otto Stöbers, *Die Moor-Stöber*, Linz 1975, 260. Er war überaus aktiv bei sozialistischen Vereinsgründungen in Linz, „... die Arbeiter wollten nicht mehr in ‚bürgerlichen‘ Vereinen bleiben! Sie sondernten sich bald ab und gründeten eigene Organisationen! Es mußte schon im Titel das stolze, klassenbewußte Wort ‚Arbeiter‘ vorkommen! So gab es bald: Arbeiter-Wasserballer, Arbeiter-Schwimmer, ... Arbeiter-Kinderfreunde, ... Arbeiter-Stemmer, ... Arbeiter-Kegler, ... Arbeiter-Sänger, ... Arbeiter-Esperantisten, ... Arbeiterbaugenossenschaften, ... usw.“

¹³ Wilhelm Salzer, *Geschichte der christlichen Arbeiterbewegung Oberösterreichs*, Linz 1963; allgemein Anton Pelinka, *Stand oder Klasse? Die Christliche Arbeiterbewegung Österreichs 1933–1938*, Wien 1972; Walter Schwimmer – Ewald Klinger, *Die christlichen Gewerkschaften in Österreich*, Wien 1975; Ernst Hanisch, *Die Ideologie des politischen Katholizismus in Österreich 1918–1938*, Wien 1977. Zur Organisation des Volksvereins Felix Kern, *Volksvereins-Handbuch*, Linz 1918.

Milieu und eine schlagkräftige Parteiorganisation zu schaffen. Auch die Einigung verschiedener, aber nicht aller deutschnationalen Parteien zur Großdeutschen Volkspartei im Jahre 1920 konnte die Kluft zwischen Partei und der Unzahl von nationalen Vereinen, Bündnen und Verbänden nicht überbrücken. Diese stellten zwar ein Wahlreservoir dar, können aber nicht als Vorfeld- oder Sekundärorganisationen im Sinne einer Versäulung angesehen werden. Eine sehr bescheidene Massenbasis besaß die Großdeutsche Partei im antiklerikalen Klein- und Mittelgewerbe, in den Beamten und in den freien Berufen. Diese Organisationsschwäche ist letztlich auf die innere Struktur der Partei zurückzuführen, die mehr der Honoratiorenpartei des 19. Jahrhunderts als etwa der christlichsozialen oder gar der sozialdemokratischen Massenpartei glich.¹⁴ Man kann daher auf gesamtstaatlicher wie auf oberösterreichischer Ebene dem nationalen Lager keinen Säulencharakter zusprechen.¹⁵ Auf gesamtstaatlicher Ebene führte der unvollkommene Säulencharakter des nationalen Lagers zu einem innenpolitischen Dualismus. Dem stand theoretisch auch in Oberösterreich und Linz auf Grund der organisatorischen Schwäche der Deutschnationalen nichts im Wege.

Politologen wie Lehmsbruch und Lijphart haben angenommen, daß Kooperationsbereitschaft und Offenheit auf der Ebene der Eliten die Schlüsselstellung in der Erklärung der Konkordanzdemokratie zukommt.¹⁶ Bewußte Anstrengungen der substrukturellen Eliten, möglichst einstimmig angenommene Entscheidungen zu fällen, verhindern, daß die Segmentierung der Gesellschaft zu gewaltsamen Auseinandersetzungen führt.

Wir finden diese postulierte Kooperationsbereitschaft und Offenheit auf der Elitenebene in Oberösterreich. Eine notwendigerweise flüchtige Analyse der maßgeblichen Politiker der drei Säulen wie etwa Hauser, Schlegel, Dametz, Gruber, Hafner, Koref, aber auch Langoth führt zu diesem Schluß. Bei allen ideologischen Differenzen, die zwischen diesen Politikern in bezug auf politische Ziele bestanden, waren sie sich doch

¹⁴ Rudolf G. Ardelt, *Zwischen Demokratie und Faschismus. Deutschnationales Gedankengut in Österreich 1919–1930*, Wien 1972, 145. Eine gute Darstellung der amorphen Struktur des nationalen Lagers findet sich auch bei Isabella Ackerl, *Das Kampfbündnis der NSDAP mit der Großdeutschen Volkspartei vom 15. Mai 1933*. In: *Vom Justizpalast zum Heldenplatz*, Wien 1975, 121–128.

¹⁵ Bestenfalls kann man von einem Zweieinhalbsäulensystem reden, bei dem die schwächere Säule der Juniorkoalitionspartner der „besitzmäßig“ verwandten Großsäule wird. Dazu Anton Pelinka und Manfred Welan, *Demokratie und Verfassung in Österreich*, Wien 1971, 274. Die Differenzen im Säulencharakter der einzelnen Parteien können auch von ihrer Organisationsdichte abgelesen werden (Anteil der Mitglieder an den Wählern). Die Sozialdemokratische Partei war ganz klar eine Mitgliederpartei. Ihre ca. 13.000 organisierten Mitglieder bildeten in Relation zu den 32.136 sozialdemokratischen Stimmen der Gemeinderatswahl von 1931 etwa 40 Prozent der Wählerschaft. Die Christlichsoziale Partei umfaßte ca. 3000 im Katholischen Volksverein organisierte Mitglieder und erreichte 14.271 Stimmen, was einer Organisationsdichte von 21 Prozent gleichkommt. Die Organisationsdichte für Oberösterreich in Relation zu den für die beiden Parteien abgegebenen Stimmen bei der Landtagswahl 1931 betrug 38 Prozent für die Sozialdemokraten (48.270 Mitglieder, 128.392 Wähler) bzw. für die Christlichsozialen 17 Prozent (41.764 Mitglieder, 239.998 Wähler). Vgl. Tätigkeitsbericht der Sozialdemokratischen Partei Oberösterreichs 1. 1.–31. 12. 1931, 14 f.; Kern, Bauern- und Kleinhäuslerbund (wie Anm. 4), 736; Allgemeines Verwaltungsarchiv Wien (AVA), BKA, I, 22 OÖst., Karton 5102, Dok. 124.738/32 („Politische Parteien und Wehrverbände in Linz: Mitgliederbewegung“), 17. Februar 1932.

¹⁶ Jürg Steiner, *Amicable Agreement versus Majority Rule. Conflict Resolution in Switzerland*, Chapel Hill 1974, 4.

einig, daß erstens Demokratie als Regierungsform sich nicht so sehr mit Zielen befasse, sondern mit den Mitteln, die legitim für die Erreichung von Zielen verwendet werden können, und zweitens, daß das Mehrheitsprinzip für Beschlüsse von großer Tragweite sehr vorsichtig angewendet werden müsse. Idealtypisch kann man mit Max Weber sagen, daß sie in ihren wesentlichen Entscheidungen vor allem Augenmaß im Sinne einer „Ethik der Verantwortung“ zeigten und eine pure „Ethik der Gesinnung“, die fordert, zu tun, was ideologisch richtig ist, ohne etwaige Folgen in Betracht zu ziehen, ablehnten.¹⁷

Es ist kein Zufall, daß sie alle dem gemäßigten Flügel ihrer Parteien zugerechnet werden können. Prälat Johann Nepomuk Hauser, Landeshauptmann von Oberösterreich von 1908 bis 1927, kann als der Inbegriff eines Politikers verstanden werden, der eine Ethik der Verantwortung vertrat.¹⁸ Unter seiner Führung war Kooperation die Regel, Konfrontation die Ausnahme. Er sah in seinem politischen Gegner zugleich den Mitarbeiter.¹⁹ Trotz aller Belastungen praktizierte er auf Landesebene einen politischen Stil, der mit dem Terminus „Arbeitsgemeinschaft“ aller Parteien gut umschrieben ist. Das bereits in der Monarchie gültige Prinzip war, allen im Landtage vertretenen Parteien, soweit sie eine gewisse Größe aufwiesen, auch eine Vertretung in der Landesregierung zu ermöglichen. Die Arbeitsgemeinschaft war demnach ein von den politischen Eliten geschaffenes und besetztes Kompromißinstrument. Jede halbwegs wichtige Frage sollte, wenn irgendwie möglich, einstimmig gelöst werden.²⁰ Hauser war auch auf Bundesebene ein überzeugter Verfechter der Koalition zwischen Christlichsozialen und Sozialdemokraten.²¹ Die Gretchenfrage für Politiker in der 1. Republik war das Verhältnis zu paramilitärischen Organisationen. Hauser war im allgemeinen ein Gegner bewaffneter Wehrformationen, da diese seiner Meinung nach nur zum Bürgerkrieg führen konnten.²² Hauser fand sich daher in zwei essentiellen Aspekten der 1. Republik, den ideologischen Gegensatz zwischen „bürgerlich“ und „sozialistisch“ durch Zusammenarbeit auf praktischer Ebene zu neutralisieren und durch die Opposition zu paramilitärischen Organisationen, im Widerspruch zum Wiener Flügel der Christlichsozialen Partei unter der Führung Seipels.²³

¹⁷ Zur Erklärung dieser Begriffe W. B. Simon, Politische Ethik und politische Struktur. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 11 (1959), 445–459.

¹⁸ Josef Honeder, Johann Nepomuk Hauser, Landeshauptmann von Oberösterreich, Linz 1978; Slapnicka, Führungsschicht (wie Anm. 4), 119–124; Slapnicka, Von Hauser (wie Anm. 4), 156–166.

¹⁹ Honeder, Hauser (wie Anm. 18), 38.

²⁰ Slapnicka, Von Hauser (wie Anm. 4), 167.

²¹ Honeder, Hauser (wie Anm. 18), 36 und 51.

²² Über die zunächst geringfügige Rolle der oberösterreichischen Heimwehren und Hausers skeptische Haltung vgl. Ludger Rape, Die österreichischen Heimwehren und die bayrische Rechte 1920–1923, Wien 1977, 176–185; Anton Staudinger, Christlichsoziale Partei und Heimwehren bis 1927. In: Die Ereignisse des 15. Juli 1927, Wien 1979, 115 und 125.

²³ So warnte er im Mai 1925 bei einer Beratung des Bauernbundvorstandes von Oberösterreich vor den Folgen eines Bürgerkriegs. Er war noch immer der Überzeugung, daß es vielleicht möglich sei, mit den Sozialdemokraten ins Gespräch zu kommen. *Wenn sich die großen Parteien immer mehr in Gegensätzen verbeißen, so sei es die Bauernschaft, die allein noch irgendwie Brücken schlagen könne. Daher soll sich wenigstens die Bauernführung aus den Parteigarden heraushalten. Militante Organisationen führen immer zur Diktatur.* Vgl. Kern, Bauern- und Kleinhauslerbund (wie Anm. 4), 356. Unter dem Druck klerikalreaktionärer Kräfte, personifiziert in Fürstin Fanny Starhemberg, gab Hauser vielleicht seine lauwarme Zustimmung zum Aufbau der Heimwehrbewegung in Oberösterreich und zur Delegation zweitrangiger, aber verläss-

Dr. Josef Schlegel, Landeshauptmann von Oberösterreich von 1927 bis 1934, war wie Hauser ein überzeugter Verfechter der Arbeitsgemeinschaft zwischen Andersdenkenden.²⁴ Auch er vertrat die Meinung, daß für jede wichtige Entscheidung ein Konsens aller politischen Faktoren des Landes nötig sei²⁵, war ein entschiedener Gegner der Politik der Straße und damit der paramilitärischen Formationen. Unter keinen Umständen wollte er einen Bürgerkrieg.²⁶ Besonders gespannt waren seine Beziehungen zu den Heimwehrführern Starhemberg und Fey.²⁷ Immer wieder war Schlegel bemüht, mit allen Parteien, aber besonders mit den Sozialdemokraten im Gespräch zu bleiben. „Solange es Sozialdemokraten gibt, habe ich mit ihnen zu reden.“²⁸ Standhaft weigerte er sich bis zuletzt, den Wiener Bestrebungen zum Verfassungsbruch und zur Ausschaltung der Sozialdemokraten Vorschub zu leisten.²⁹ Schlegel war gerade wegen seiner Seltenheit hervorragendes Beispiel einer Synthese von politischem Katholizismus mit demokratischer Gesinnung.

Josef Dametz, Bürgermeister von Linz 1919 bis 1927 und Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Oberösterreichs von 1906 bis 1927, war wie Hauser und Schlegel ein Mann des Ausgleichs und der Zusammenarbeit.³⁰ Von Anbeginn gehörte er zum pragmatisch-untheoretischen Parteiflügel der Sozialdemokraten. Vom Unbehagen mit der „bürgerlichen“ Demokratie, das dem Austromarxismus immanent war, ist bei Dametz nicht allzuviel zu spüren.³¹ Das Äußere des revolutionären Getues lag ihm nicht. Als Bürgermeister befließigte er sich einer Ethik der Verantwortung, zu deren

licher Volksvereinspolitiker, wie etwa des Abgeordneten zum Nationalrat Balthasar Gierlinger als ersten Landesführer der Heimwehr. Wir können jedoch annehmen, daß für Hauser die Heimwehr bestenfalls ein organisatorisch und politisch von der Christlichsozialen Partei streng kontrollierter Assistenzkörper ähnlich dem Schutzbund der Sozialdemokraten war. Die Tragik der Christlichsozialen bestand gerade darin, daß sie die Emanzipation der Heimwehr von den bürgerlichen Parteien nicht verhindern konnten. Zu Fanny Starhemberg vgl. Heidrun Deutsch, Franziska Fürstin Starhemberg, phil. Diss., Wien 1967, 207. Zur Haltung der Christlichsozialen gegenüber der Heimwehr vgl. auch Kern, Bauern- und Kleinhäuslerbund (wie Anm. 4), 697 ff.

²⁴ Helmut Gamsjäger, Dr. Josef Schlegel, Landeshauptmann von Oberösterreich und Präsident des Rechnungshofes, unveröff. Seminararbeit am Institut für Zeitgeschichte, Wien 1964; Slapnicka, Oberösterreich zwischen Bürgerkrieg (wie Anm. 4), 145–156.

²⁵ Slapnicka, Oberösterreich zwischen Bürgerkrieg (wie Anm. 4), 154.

²⁶ Gamsjäger (wie Anm. 24), 28.

²⁷ Gamsjäger (wie Anm. 24), 36 ff.; Dagmar Lack, Die Entwicklung der Heimwehr in Oberösterreich 1927–1931, unveröff. Seminararbeit am Institut für Zeitgeschichte, Wien 1969.

²⁸ Gamsjäger (wie Anm. 24), 25.

²⁹ Ludwig Jedlicka, Vom alten zum neuen Österreich, Fallstudien zur österreichischen Zeitgeschichte, 1900–1975, St. Pölten 1975, 240 f. Es ist interessant, daß Bundespräsident Miklas bei seinen schwächlichen Versuchen, die Verfassungskrise von 1933 zu überwinden, daran dachte, Schlegel als Kanzler in die Bundespolitik zu holen (Jedlicka [wie Anm. 29], 246 f.). Vgl. dazu auch Peter Huemer, Sektionschef Robert Hecht und die Zerstörung der Demokratie in Österreich, München 1965; Erika Weinzierl, Aus den Notizen von Richard Schmitz zur österreichischen Innenpolitik im Frühjahr 1933. In: Geschichte und Gesellschaft. Festschrift für Karl R. Stadler zum 60. Geburtstag, Linz 1974, 124 f. Schlegel war in Gesprächen zwischen dem Klubvorstand und christlichsozialen Landeshauptleuten am 9. März 1933 einer der wenigen, die für eine Rückkehr zur Verfassung und Fühlungnahme mit den Sozialdemokraten plädierten.

³⁰ Werner Kulczycki, Bürgermeister Josef Dametz. In: HistJbL 1976, 183–220; Slapnicka, Führungsschicht (wie Anm. 4), 59 f.; Georg Grüll, Das Linzer Bürgermeisterbuch, 2. Aufl., Linz 1959, 114.

³¹ Zur Analyse des Austromarxismus vgl. W. Simon, The Political Parties of Austria, unveröff. Diss., Columbia University, 1957, 43 ff.; besonders aber Norbert Leser, Zwischen Reformismus

Überhöhung oder Rechtfertigung eines Verbalradikalismus nicht bedurfte.³² Der politische Gegner war nicht jemand, den man widerwillig dulden, sondern, dem man Funktionen in der Verwaltung der Stadt zubilligen müsse. Auch in Linz wurden durch Landesgesetz Elemente einer Proporzregierung eingeführt in der Form eines Stadtrates, dem nach dem Gemeindestatut von 1920 der Bürgermeister, drei Vizebürgermeister und acht Stadträte angehören mußten, wobei die im Gemeinderat vertretenen Parteien dem Stärkeverhältnis nach zu berücksichtigen waren.³³ Dieser konstitutionelle Rahmen ermöglichte es, die *amicabilis compositio* zu praktizieren, um der Minorität gesichtsverlierende Niederlagen möglichst zu ersparen.³⁴

Mit Einschränkung – nämlich mehr auf Landes- wie auf Stadtebene – kann man auch ähnlich konziliante Verhaltensweisen bei Gruber, im Gemeinderat von 1905 bis 1934, Bürgermeister von Linz 1930 bis 1934, im Landtag von 1918 bis 1934 und bis 1930 auch Landeshauptmann-Stellvertreter, feststellen.³⁵ Auch er gehörte dem gemäßigten Flügel der Sozialdemokraten an, konnte aber seinen Hang für prononzierte ideologische Debatten nicht immer unterdrücken, was gelegentlich der praktischen Zusammenarbeit nicht förderlich war. Andererseits war er sich aber bewußt, daß paramilitärische Organisationen auf den eventuellen Bürgerkrieg hindeuteten und befürwortete einen Abbau der Wehrorganisationen, einschließlich des Schutzbundes, wenigstens aber eine strikte politische Kontrolle der Wehrformationen.³⁶ In den gelegentlichen Zusammenstößen zwischen Hauser und Gruber war es Josef Hafner, seit 1909 sozialdemokratischer Abgeordneter im Landtag, der zwischen den beiden vermittelte.³⁷ Dem gemäßigten koalitionsfreundlichen Flügel gehörte auch Dr. Ernst Koref an, Gemeinderat von 1927 bis 1934, Nationalrat 1930 bis 1934 und im Februar 1934 geschäftsführender Parteiobermann in Oberösterreich.³⁸ Koref gehörte vom Frühsommer 1933 einem Kreis sozialdemokratischer Politiker an, die vergeblich versuchten, sich von Dr. Otto Bauer abzusetzen und mit der Dollfuß-Regierung ins Gespräch zu kommen.³⁹

Trotz seines späteren Überganges zum Nationalsozialismus muß man auch dem maßgeblichen politischen Exponenten des nationalen Lagers, Franz Langoth, Koope-

und Bolschewismus. Der Austromarxismus als Theorie und Praxis, Wien-Frankfurt-Zürich 1968; Helmut Feichter, Das Linzer Programm (1926) der österreichischen Sozialdemokratie. In: *HistJbL* 1973/74, 232–339.

³² Es mag nicht wahr sein, aber doch ein bezeichnendes Bild geben, wenn Stöber (wie Anm. 12), 291, berichtet, daß während der aufregenden Tage des Jahres 1926, als die Wiener Spitzenpolitiker über das Linzer Programm referierten, Dametz seine Verdauung, gefördert durch Zwetschken, für ebenso wichtig wie die brillanten Ausführungen eines Dr. Bauer hielt.

³³ Die Gemeindevertretung der Stadt Linz vom Jahre 1848 bis zur Gegenwart, Geschichte – Biographien, unter Ltg. v. Wilhelm Rausch bearb. v. Richard Bart u. Emil Puffer, Linz 1968, 26.

³⁴ Peter Gerlich, *Local Government and Local Politics in Austria*, Preliminary Survey, Wien 1967, 2–8.

³⁵ Slapnicka, Führungsschicht (wie Anm. 4), 105 f.; Grüll, Bürgermeisterbuch (wie Anm. 30), 115.

³⁶ Slapnicka, Oberösterreich zwischen Bürgerkrieg (wie Anm. 4), 99. Es war kein Zufall, daß Gruber sich demonstrativ an den Aufmärschen des Schutzbundes beteiligte. Die Demonstration der Solidarität von Partei und Wehrorganisation war wohl eines seiner Ziele. Seine Präsenz hatte aber auch eine Kontrollfunktion, so etwa seine Beteiligung an der Schutzbunddemonstration vor dem Schloß Starhembergs in Waxenberg. AVA, BKA, I, OÖst, Karton 5100, Dok. 177.678 („Bezirkshauptmannschaft Urfahr-Umgebung an das Amt der OÖ. Landesregierung“), 21. Oktober 1929.

³⁷ Slapnicka, Führungsschicht (wie Anm. 4), 111 f.

³⁸ Slapnicka, Führungsschicht (wie Anm. 4), 153; Koref, Gezeiten (wie Anm. 12), 185 f.

³⁹ Jacques Hannak, Karl Renner und seine Zeit, Wien 1965, 605.

rationsbereitschaft und Offenheit gegenüber dem politischen Gegner konzedieren. Landtagsabgeordneter von 1909 bis 1934 und Landeshauptmann-Stellvertreter 1918 bis 1934, stand er zumindest bis 1933 auf dem Boden der bürgerlichen Demokratie, vielleicht eine Reflexion noch nicht ganz verlorener liberal-demokratischer Traditionen, und lehnte die Errichtung einer faschistischen Diktatur durch Verfassungstroi und die Aufhebung der liberalen Freiheitsrechte des Rechtsstaates ab.⁴⁰ Er war zwar ursprünglich kein Gegner paramilitärischer Organisationen. Sein Gegensatz zur Heimwehr führte jedoch zu seiner Abberufung als Sicherheitsreferent des Landes Oberösterreich.⁴¹

Von großem Aussagewert, da es aus einem der engagierten politischen Lager kommt, ist das parteiamtliche Urteil der Sozialisten über das gemäßigte Verhalten der christlichsozialen Politiker im oberösterreichischen Landtag. So wird dort ausgeführt, daß sich die Struktur des christlichsozialen Gegners in mancher Hinsicht von jener der Christlichsozialen in anderen Ländern der Republik unterscheide. „Hätten wir es im Landtag mit gehässigen, bösartigen Arbeiterfeinden vom Schlage Seipels zu tun... müßte der Kampf mit den schärfsten Waffen geführt werden.“ Die oberösterreichischen Verhältnisse erforderten von den Sozialdemokraten zwar verantwortungsbewußte Wachsamkeit, aber „es ist nicht wie in manchem anderen Bundesland das ganze Land mit einem Netz von Organisationen des Arbeitermordes überzogen, die sich der größtmöglichen Förderung katilinarischer Existenzen erfreuen.“ Der Landeshauptmann (Schlegel) bekenne sich vorbehaltlos zur Demokratie, und an maßgebendster Stelle sei man sich einig in der Ablehnung faschistischer Abenteuer. Die faschistische Verseuchung mache deshalb auch in Oberösterreich nicht jene Fortschritte, die von den Heimwehrgrößen gewünscht werden. In Ländern wie Tirol und Vorarlberg, in welchen die Verbindung der Landesregierung mit den Heimwehren intim, die Sehnsucht nach Monarchie, Obrigkeitsstaat und schrankenloser Herrschaft der Bourgeoisie besonders lebhaft sei, habe man die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Arbeiterschaft bereits in herausfordernder Weise angetastet. „Man beseitigte den Grundsatz, daß die Landesregierung nach dem Verhältniswahlrecht zu bilden sei und mit ihm die lästige Kontrolle der Sozialdemokraten innerhalb der Regierung.“ In Oberösterreich könne nicht einmal von dem leisesten Versuch einer solchen Politik die Rede sein. Und mit deutlicher Spitze gegen die „splendid isolation“-Politik der Wiener Parteiführung kulminiert der Aufsatz wie folgt: „Auf fester marxistischer Grundlage stehend, in voller Freiheit und Unabhängigkeit, unbehindert durch Koalitionsdisziplin, beteiligen wir uns an der Regierung, um zu verhindern, daß ohne oder gegen die Arbeiterschaft regiert wird“⁴²

Zusammenfassend kann behauptet werden, daß die wesentlichen Voraussetzungen für die Etablierung eines Proporzsystems gegeben waren: erstens, eine fragmentierte politische Struktur von stabilen Gruppen und zweitens, Eliten, deren politisches Verhalten von den Interaktionsnormen des Ausgleichs bestimmt wurde. Waren auf der Massenebene die jeweiligen Feindbilder unversöhnlich, auf der einen Seite die reaktionären

⁴⁰ Slapnicka, Führungsschicht (wie Anm. 4), 163 ff.; Franz Langoth, Kampf um Österreich, Wels 1951.

⁴¹ Langoth (wie Anm. 40), 102 ff.; Slapnicka, Oberösterreich zwischen Bürgerkrieg (wie Anm. 4), 101 ff. Das Verhalten der großdeutschen Elite ist wohl das schwächste Glied in der Argumentationskette für ein gemäßigtes politisches Klima in Oberösterreich. Ihr Handeln war vom taktischen Bemühen bestimmt, die politische Betätigung der Nationalsozialisten zu erleichtern.

⁴² Tätigkeitsbericht der Sozialdemokratischen Partei Oberösterreichs 1. 1.–31. 12. 1927, 21 ff.

Klerikalen, die an ihrem Besitzstande hängenden Bürgerlichen, auf der anderen die revolutionären Klassenkämpfer, war das Feindbild der Eliten eher gemäßigt.

Nach Konstatierung dieses Sachverhaltes stellt sich die Frage nach dem Ursprung der Konzilianz der Eliten. Unzweifelhaft muß man an erster Stelle deren Erfahrungen mit der Praxis des Ausgleichs in der Monarchie setzen. Die Mehrheit der oben besprochenen Politiker hatte Jahre erfolgreicher konzilianter Praxis hinter sich. Daß sie nun in einer Republik agieren mußten, war nicht von ausschlaggebender Bedeutung. Die Kontinuität war nicht nur personeller, sondern auch institutioneller Art. Die Unterschiede zwischen Landtag und Gemeinderat der Monarchie und der Republik waren nicht von revolutionärem Ausmaß.⁴³

Überdies zeichneten sich die Eliten auch durch eine gewisse kulturelle Homogenität aus. Alle waren überzeugte Oberösterreicher oder zumindest überzeugte Wahloberösterreicher (Schlegel).⁴⁴ Alle waren kulturell dem Deutschtum und nicht einem Österreichertum verhaftet. So zitiert Dametz Goethe und Schiller, nicht Marx und Engels⁴⁵, Hauser war in seiner Jugend ein begeisterter Anhänger der deutschen Romantik und der Klassiker⁴⁶, Schlegel gründete 1909 den Schutzverband „Ostmark“, der einem Ankauf von Bauernhöfen des Mühlviertels durch Tschechen entgegenwirken sollte.⁴⁷ In der Frage der staatlichen Eigenheit Österreichs finden wir sie alle für den Anschluß Österreichs an Deutschland, obwohl Variationen im Stellenwert des Anschlusses existieren, reichend vom Anschlußenthusiasmus eines Langoth zum vorsichtigen eventuellen Anschluß eines Hauser. Überspitzt formuliert, könnte man aber doch wohl sagen: in jedem Lager war Oberösterreich und Deutschland, in keinem Österreich.

Man sollte nicht übersehen, daß sich die kulturelle Homogenität nicht nur im gemeinsamen Bekenntnis zum Deutschtum manifestierte, sondern auch in der Frage des Antisemitismus. Wie in seiner Deutschtümelei Langoth extrem war, überrascht es nicht, daß er ein extremer Rassenantisemit war.⁴⁸ Man kann aber auch den, wenn auch sehr

⁴³ Ganz im Gegensatz zu den maßgeblichen Politikern auf gesamtstaatlicher Ebene waren ihre Erfahrungen in parlamentarischen Gremien daher durchaus positiv. Wandruszka führt das Mißtrauen gegen den Parlamentarismus in allen politischen Lagern auf die turbulenten Ereignisse im Reichsrat von 1897 im Zusammenhang mit den Badenischen Sprachenverordnungen zurück. *Galt dies auch in erster Linie für die „bürgerlichen“ Kreise und die bürokratischen Führungsschichten mit ihrer auch sonst tief eingewurzelten Reserve gegenüber den „dilletantischen“ Parteipolitikern, so hat der Lauf der geschichtlichen Entwicklung in der Monarchie wie dann vor allem in der Republik auch bei der sozialdemokratischen Arbeiterschaft die Entstehung einer tieferen und stärkeren Bindung an die „bürgerliche Demokratie“ und den Parlamentarismus verhindert.* Adam Wandruszka, *Die Krisen des Parlamentarismus 1897 und 1933. Gedanken zum Demokratieverständnis in Österreich.* In: Beiträge zur Zeitgeschichte. Festschrift Ludwig Jedlicka zum 60. Geburtstag, hrsg. v. Rudolf Neck u. Adam Wandruszka, St. Pölten 1976, 77.

⁴⁴ Dieser oberösterreichische Patriotismus hatte auch seine Schattenseiten, da er Politiker, die durchaus gesamtstaatliches Format aufwiesen, von einer permanenten Rolle in der Bundespolitik ablenkte. Dies gilt nach 1920 für Hauser und während der ganzen Periode für Schlegel. Slapnicka, *Von Hauser* (wie Anm. 4), 169.

⁴⁵ Mündliche Mitteilung von Dr. Josef Stöger, Magistratsdirektor unter Dametz.

⁴⁶ Honeder, *Hauser* (wie Anm. 18), 12.

⁴⁷ Gamsjäger (wie Anm. 24), 19.

⁴⁸ Dies war ja die offizielle Parteipolitik der Großdeutschen. Dazu Österreichische Parteiprogramme 1868–1966, hrsg. v. Klaus Berchtold, München 1967, 444, 478–482. Langoth war auch Mitglied der Deutschen Gemeinschaft, einem radikal-antisemitischen Geheimbund. Vgl. Wolfgang Rosar, *Deutsche Gemeinschaft, Seyß-Inquart und der Anschluß*, Wien 1971, 66.

gemäßigten, Antisemitismus eines Dametz nicht verschweigen, der aber nicht grundsätzlich, sondern eher von internen parteipolitisch-föderalistischen Gesichtspunkten her zu verstehen ist.⁴⁹ Im Kontrast zur allgemeinen Haltung der Christlichsozialen in Oberösterreich und Linz sind von Hauser und Schlegel keine antisemitischen Bemerkungen überliefert.⁵⁰ Es hat aber wahrscheinlich das Fehlen von Spitzenpolitikern jüdischer Herkunft zur Überbrückung von Differenzen beigetragen. Die Eliten waren relativ gemäßigt in ihrem Klerikalismus bzw. Antiklerikalismus. Symptomatisch ist, daß Hauser der Taufpate zweier Kinder Langoths war⁵¹, daß sich keiner der sozialdemokratischen Führer aktiv in der Freidenkerbewegung betätigte und daß Hausers Weigerung, die politische Gegnerschaft auf die Dichotomie Katholizismus-Atheismus zu reduzieren, ihn verschiedentlich in Gegensatz zu seinem bischöflichen Oberhirten Gföllner brachte.

Nun gibt es natürlich auch andere, nicht in der Psychologie der Eliten begründete Ursachen für das Funktionieren der Konkordanzdemokratie in Oberösterreich. Beinahe unbeschränkte Autorität der Eliten über die Parteiorganisation ist eine notwendige Voraussetzung. Wenn Eliten die Partei nicht mehr im Griff haben, bricht die Konkordanzdemokratie zusammen. Hauser war nicht nur König im Lande, sondern auch in seiner Partei, dem Katholischen Volksverein.⁵² Schlegels Position wurde unhaltbar, als er 1933 die Partei als Machtinstrument verlor. Neben den Bemühungen der Regierung Dollfuß, zuerst den gemäßigten Flügel und eventuell die gesamte Christlichsoziale Partei auszuschalten, muß besonders der antidemokratische Vorstoß des Linzer Bischofs Gföllner verantwortlich gemacht werden, der den Katholischen Volksverein von der Christlichsozialen Partei gelöst hatte und für die Auflösung der Partei plädierte.⁵³ Schwerwiegend wirkte sich auch das Ausscheiden der Priester aus der Politik aus. Dieser Schritt erfolgte durch Beschluß der von Bischof Gföllner dominierten Bischofskonferenz vom 30. November 1933. Schlegel verlor die beiden Landtagsabgeordneten Ernst Hirsch und Josef Pfeneberger, beide im allgemeinen demokratisch gesinnte Politiker.⁵⁴

Auch Langoth war ein Mann ohne Partei. Bereits Ende 1931 begann das Wählerreservoir in den völkischen Randorganisationen der Partei zu den Nationalsozialisten abzuwandern.⁵⁵ Aber auch in der Sozialdemokratischen Partei, die im Gegensatz zur Großdeutschen Partei, die ja nur Wählerpartei war, eine sich durch Disziplin und eine streng geregelte Funktionärshierarchie auszeichnende Mitgliederpartei war, zeigten sich Abbröckelungserscheinungen, verursacht wohl durch die zögernde Haltung der Wiener Parteizentrale, das Zeichen zum Widerstand gegen den immer weiter vordringenden Heimwehr-Faschismus und die autoritären Maßnahmen der Dollfuß-Regierung zu geben.⁵⁶ Die heroische Verzweiflungstat des 12. Februar 1934 ist Indiz nicht

⁴⁹ Stöber (wie Anm. 12), 276.

⁵⁰ Harry Slapnicka, Zum Antisemitismusproblem in Oberösterreich. In: Zeitgeschichte, 11/12 (1974), 264 ff.

⁵¹ Slapnicka, Von Hauser (wie Anm. 4), 164.

⁵² Honeder, Hauser (wie Anm. 18), 33, 39 f.

⁵³ Rosar, Deutsche Gemeinschaft (wie Anm. 48), 275. Slapnicka, Oberösterreich zwischen Bürgerkrieg (wie Anm. 4), 118 ff; allgemein auch Anton Staudinger, Christlichsoziale Partei und Errichtung des „Autoritären Ständestaates“ in Österreich. In: Vom Justizpalast zum Heldenplatz, Wien 1975, 79 ff.

⁵⁴ Slapnicka, Oberösterreich zwischen Bürgerkrieg (wie Anm. 4), 112 ff.

⁵⁵ Dazu allgemein Ackerl, Kampfbündnis (wie Anm. 14), 121–138.

⁵⁶ Aufruf der oberösterreichischen Partei an ihre Mitglieder Ende 1933, bei Inez Kykal – Karl R. Stadler, Richard Bernaschek – Odyssee eines Rebellen, Wien 1976, 264 ff.

nur für das Versagen der Wiener, sondern auch der oberösterreichischen Parteiführung. Allerdings muß man berücksichtigen, daß Gruber schwer erkrankt in einem Wiener Krankenhaus lag und Koref noch nicht die nötige Autorität besaß, um sich gegen Richard Bernaschek durchzusetzen. Fest steht, daß Bernaschek die oberösterreichische Parteiführung nicht von seinem Beschluß informierte, gewaltsamen Widerstand gegen die Waffensuche und Verhaftungen zu leisten, da er mit ihrer negativen Einstellung rechnete.⁵⁷

Die Schwächung der politischen Kohäsion der Substrukturen führte notwendigerweise zur Unwirksamkeit der gemäßigten Eliten. Ein damit zusammenhängender Grund für ihre zunehmende Unwirksamkeit bestand in der Weigerung der Parteiangehörigen und Wähler, das Prinzip der Elitenkooperation weiterhin zu unterschreiben. Ohne Zweifel war dieses Prinzip mit dem Vormarsch des Faschismus österreichischer und deutscher Prägung einer Erosion ausgesetzt. Das häßliche Wort von den Korruptionspolitikern, von den „Packlern“, fand auch Eingang in die demokratisch gesinnten Parteien, so daß am Ende durch die Ablehnung jedweder Koalitionspolitik den kooperationsbereiten Politikern der Boden der Legitimität entzogen wurde.⁵⁸ Die antiparlamentarisch-autoritären Gruppen gewannen auch bei den Christlichsozialen Oberösterreichs die Oberhand und Politiker, die sich der Aushöhlung der Demokratie widersetzen, resignierten früher oder später unter dem Terror der Heimwehr und dem Druck der Dollfuß-Regierung. Symptomatisch für die zunehmende Aufgeschlossenheit gegenüber autoritären Tendenzen der Christlichsozialen ist das Einschwenken des Volksvereinspräsidenten, Nationalrat Dr. Aigner, auf einen antiparlamentarischen Kurs in einer großangelegten Rede auf der Volksvereins-Delegiertentagung in Linz am 17. April 1933; dies, nachdem sich die Dollfuß-Regierung eine Reihe klarer Rechtsbrüche zuschulden hatte kommen lassen. Die ganze Rede war durchdrungen von einem scharfen Antimarxismus, demgegenüber die gelegentlich schwächlichen Referenzen zur „wahren“ Demokratie in den Hintergrund traten. „Solange die österreichische Sozialdemokratie, vor allem ihr Wiener Flügel, die öffentliche Vertretung und Anwaltschaft für die Moskauer Weltrevolution führt, steht für uns der gefährlichste Feind dort drüben auf der Linken.“⁵⁹ Die Zeit der *amicabilis compositio* war vorbei. Der Abbau des Parlamentarismus und die progressive Ausschaltung der Arbeiterbewegung vom politischen Prozeß war auch in Oberösterreich auf dem Wege.

Die Hauptthese des Konkordanzmodells besteht darin, daß die Eliten bewußt darauf hinarbeiten, Gewalt als Mittel der Konfliktregulierung zu reduzieren. Hat Oberösterreich nun tatsächlich ein gemäßigtes politisches Klima gehabt? Einen empirischen Indikator bildet das Ausmaß der politischen Gewalttaten.⁶⁰ In der regionalen Verteilung der Gewalttaten nimmt Oberösterreich eine Mittelstellung ein. Eine Addition der Toten und Schwerverletzten nach Bundesland ergibt folgende Reihung: 1. Wien, 2. Stei-

⁵⁷ Slapnicka, Oberösterreich zwischen Bürgerkrieg (wie Anm. 4), 128; Charles Gulick, *Austria from Habsburg to Hitler*, 2. Bd., Berkeley 1948, 1278.

⁵⁸ Das Fußvolk seiner Partei von der Notwendigkeit der Kooperation mit dem politischen Gegner zu überzeugen, war bereits ein Problem für Hauser. Vgl. seine Rede in einer Vertrauensmännerversammlung der Christlichsozialen Partei. Slapnicka, Von Hauser (wie Anm. 4), 133.

⁵⁹ Die Wiedergabe dieser Rede bei Kern, Bauern- und Kleinhauslerbund (wie Anm. 4), 1207–1213.

⁶⁰ Gerhard Botz, *Gewalt in der Politik*, München 1976, dessen Chronik der Gewalttaten vom 12. November 1918 bis zum 11. Februar 1934 (259–278) herangezogen wurde, in der Gewalttaten in den einzelnen Bundesländern aber nicht vollständig ausgewiesen sein mögen.

ermark, 3. Niederösterreich, 4. Oberösterreich, 5. Tirol, 6. Salzburg, 7. Burgenland, 8. Kärnten und 9. Vorarlberg. In Botzs Analyse der Geographie politischer Gewaltanwendung wird Oberösterreich im Zusammenhang mit den „Eisenwurzeln“ genannt, die augenscheinlich günstige Voraussetzungen für politische Gewalttaten geboten haben.⁶¹ Nicht überraschend waren die Bevölkerungs- und Industriezentren Linz und Steyr der Schwerpunkt politischer Gewalttaten. Von den 23 behandelten Fällen politischer Gewaltanwendung entfallen sieben auf Linz und die nähere Umgebung und vier auf Steyr und die nähere Umgebung. Von 23 Getöteten und 87 Schwerverletzten entfallen 11 bzw. 42 auf Linz und 2 bzw. 6 auf Steyr, also 56 bzw. 55 Prozent. Die Periodisierung der Gewalttaten in Oberösterreich ergibt ungefähr das gleiche Bild wie auf gesamtstaatlicher Ebene.

Die „Revolutionsperiode“ dauerte von 1918 bis Mitte 1920. Es nimmt daher Oberösterreich eine Mittelstellung ein, da in Westösterreich die „Revolutionsperiode“ bereits Mitte 1919, in Niederösterreich und Wien erst Ende 1921 vorüber ist. Das durch den Zusammenbruch der Monarchie entstandene machtpolitische Vakuum führte auch in Oberösterreich und speziell in Linz zu Demonstrationen, Unruhen und Plünderungen. Der Sozialdemokratischen Partei gelang es aber, in Zusammenarbeit mit den bürgerlich-demokratischen Parteien, besonders durch die Kontrolle der Arbeiter- und Soldatenräte und durch Zusammenarbeit in den Organen der Landes- und Stadtverwaltung die Situation zu konsolidieren.⁶² Immerhin kam es zweimal zur Verhängung des Standrechtes.⁶³ In den zwei großen Gewaltausbrüchen vom 4. und 5. Februar 1919 und 10. Mai 1920 waren zehn Tote und 28 Schwerverletzte zu beklagen.⁶⁴

Die Periode relativer Stabilität dauerte in Oberösterreich etwas länger als in manchen anderen Bundesländern, von Mitte 1920 bis etwa Herbst 1928. Bis dahin kann die Heimwehr als ein von den bürgerlichen Parteien kontrollierter Selbstschutzverband betrachtet werden. In Oberösterreich träumte man noch nicht von einem Marsch auf das „rote“ Wien.⁶⁵ Den Auswirkungen des 15. Juli 1927 auf Oberösterreich wurden von der Staatsgewalt, dem Landeshauptmann Schlegel und den Parteien relativ kompetent und friedlich begegnet.⁶⁶ Während dieser Periode gab es keine Getöteten und Schwerverletzten aufgrund politischer Gewaltanwendung.

Die dritte Periode war vom Heimwehrafaschismus überschattet und dauerte vom Herbst 1928 bis 1931.⁶⁷ Die Konfrontationen zwischen Heimwehr und Schutzbund

⁶¹ Botz, Gewalt (wie Anm. 60), 248.

⁶² Anton Staudinger, Die Ereignisse in den Ländern Deutsch-Österreichs im Herbst 1918. In: Ludwig Jedlicka, Ende und Anfang, Österreich 1918/19, Salzburg 1969, 78–82; Francis L. Carsten, Revolution in Central Europe 1918–1919, Berkeley 1972, 26, 80–95, 108–125, 236 f.; Slapnicka, Von Hauser (wie Anm. 4), 36–53.

⁶³ Harry Slapnicka, Vor 55 Jahren. Zweimal Standrecht in Oberösterreich. In: OÖHbl 28 (1974), H. 1/2, 84 ff.

⁶⁴ Botz, Gewalt (wie Anm. 60), 27, 40 f.

⁶⁵ Slapnicka, Oberösterreich zwischen Bürgerkrieg (wie Anm. 4), 21 ff.; Lack (wie Anm. 27), 14.

⁶⁶ Peter Huemer, Die Ereignisse in den Bundesländern nach dem Brand des Wiener Justizpalastes, unveröff. Seminararbeit, Institut für Zeitgeschichte, Wien 1964/65, 58 ff. Eine Assistenz der Heimwehr wurde nicht angefordert. Dazu auch Francis L. Carsten, Fascist Movements in Austria from Schönerer to Hitler, London 1977, 111 f.

⁶⁷ Die Spannungen zwischen Heimwehr und Christlichsozialer Partei erreichten ihren ersten Höhepunkt mit der Resignation Balthasar Gierlingers als Landesobmann und mit der Wahl Starhembergs zum neuen Heimwehrrührer für Oberösterreich. Vgl. Kern, Bauern- und Kleinhauslerbund (wie Anm. 4), 697 ff.; Slapnicka, Oberösterreich zwischen Bürgerkrieg (wie Anm. 4), 24–37.

und in zunehmendem Maße den Nationalsozialisten konnten durch das im allgemeinen korrekte Verhalten der Exekutive und der feindlichen Haltung des Landeshauptmannes und der bürgerlichen Parteien mit einem Minimum an Blutvergießen überstanden werden. Insgesamt wurden bei diesen Zusammenstößen eine Person getötet und eine schwer verletzt.⁶⁸ Angesichts der großen Zahl der Aufmärsche ist das eine erstaunlich „gute“ Bilanz.⁶⁹ Aufgrund der entschlossenen Maßnahmen Schlegels war der Pfriemerputsch vom 13. September 1931 auch in Oberösterreich ein Fiasko.

An den Gewalttaten der vierten Periode 1932 bis 11. Februar 1934 waren die Nationalsozialisten führend beteiligt. Alle Konfrontationen, die zu Getöteten und Schwerverletzten führten, involvierten die Nationalsozialisten auf der einen Seite und die Sozialdemokraten, Heimwehr und Exekutive auf der anderen Seite. Insgesamt gab es sechs Tote und 29 Schwerverletzte.

Vielleicht läßt sich die Frage, ob Oberösterreich ein gemäßigtes politisches Klima hatte, am besten durch einen Vergleich mit der Steiermark erhellen. Gewiß kann man argumentieren, daß allein schon die Unterschiede in der Wirtschaftsstruktur der beiden Länder die höhere Zahl der politischen Gewalttaten erklären. In der Steiermark führten politische Zusammenstöße, vor allem in Graz, in den Bergbaugebieten um Voitsberg und in den Industrieorten Bruck und Leoben, zu 42 Toten und 110 Schwerverletzten. Der höhere Grad der Industrialisierung und damit der Konzentrierung der Arbeiterklasse mag in der Steiermark die Dichotomisierung der Politik gefördert haben. Die mit wenigen Ausnahmen überwiegend kleingewerbliche Struktur der oberösterreichischen Wirtschaft hat hingegen hier die Klassengegensätze wohl abgeschwächt. Auch sollte man die ursprünglich starke demokratische Grundströmung in der Bauernschaft Oberösterreichs nicht vergessen, die in Fragen der Republik, des Antimilitarismus und in ihrem Gegensatz zur Plutokratie und dem Adel den Auffassungen der Sozialdemokraten zuneigte.⁷⁰ Trotzdem muß auch darauf hingewiesen werden, daß in der Steiermark die Beschwichtigungsstrategien und die gewaltlosen Mechanismen zur Steuerung von Konflikten nicht oder nur sehr unvollkommen benutzt wurden.⁷¹ Um nur zwei Fakten zu nennen: Im Juli 1920 traten die steirischen Sozialdemokraten aus der informellen Parteikoalition im Landtag aus, und zweitens, die verhängnisvolle Rolle des steirischen Landeshauptmannes Rintelen, der den Faschismus förderte, wo er nur konnte, und dadurch nicht nur das Unglück der Steiermark, sondern ganz Österreichs war.⁷²

⁶⁸ Botz, *Gewalt* (wie Anm. 60), 180, belegt für die Jahre 1929/30 für das gesamte Bundesgebiet 6 getötete und 28 schwerverletzte „Marxisten“ gegenüber 2 getöteten und 81 schwerverletzten Heimwehranhängern.

⁶⁹ So fanden im Jahre 1930 wenigstens 37 Aufmärsche und Versammlungen der Heimwehr, 30 der Nationalsozialisten, 24 der Sozialdemokraten (inklusive Schutzbund) und 22 der Kommunisten in Linz statt. Vgl. *Jahrbuch der Bundespolizeidirektion in Linz a. D. mit statistischen Daten aus den Jahren 1927 bis 1931*, Linz 1932, 22–29.

⁷⁰ Otto Bauer, *Die österreichische Revolution*, Wien 1965, 141 f.

⁷¹ Robert Hinteregger, *Die steirische Arbeiterschaft zwischen Monarchie und Faschismus*. In: *Bewegung und Klasse*, 269–296.

⁷² Hellmut Andics, *50 Jahre unseres Lebens*, Wien 1968, 126. Allgemein dazu Rudolf Schlesinger, *Federalism in Central and Eastern Europe*, New York 1945, 262; Bruce F. Pauley, *Hahnen-schwanz und Hakenkreuz. Der steirische Heimatschutz und der österreichische Nationalsozialismus 1918–1934*, Wien 1972, 119 f. und 125.

Ob nun dieser relative Unterschied im Verhalten der Eliten ausreicht, das gemäßigte politische Klima in Oberösterreich zu erklären, kann natürlich nicht mit Sicherheit gesagt werden. Nur detaillierte Untersuchungen könnten hier eine Klärung bringen. Inzwischen vertreten wir die plausible Annahme, daß das Modell der Konkordanzdemokratie innerhalb gewisser Grenzen, die in den Schlußbetrachtungen erläutert werden, auf Oberösterreich in der Ersten Republik angewendet werden kann. Wir haben es mit einer politischen Struktur zu tun, die, trotz weitgehender substruktureller Segmentierung, durch Zusammenarbeit der gemäßigten Eliten Konflikte eindämmte, bis die allgemeine Demokratiemüdigkeit und der Zerfall der Parteien die Eliten der nötigen Massenlegitimation beraubte und sie den von der Dollfuß-Regierung unternommenen schrittweisen Verfassungsbrüchen, die zuerst gegen die Sozialdemokratie und dann gegen alle anderen Parteien gerichtet waren, keinen effektiven Widerstand entgegenzusetzen konnten.

Das Wechselspiel der politischen Kräfte im Linzer Gemeinderat war in den Rahmen dieses gemäßigten politischen Klimas eingebettet, in dem einerseits die Stadt Linz mit einem von den Bauernvertretern kontrollierten Landtag konfrontiert war, andererseits dieser Landtag aber auch ein überraschend hohes Verständnis für eine von den Sozialdemokraten verwaltete Statutarstadt zeigte.⁷³

DIE POLITISCHEN KRÄFTE IM LINZER GEMEINDERAT 1914 – 1934

Bevor wir uns einer Diskussion der politischen Kräfte im Linzer Gemeinderat zuwenden, ist es angebracht, einige Bemerkungen über den konstitutionellen Rahmen der Stadt vorzuschicken. Im Jahre 1914 waren die Machtverhältnisse noch vom Gemeindestatut 1904 bestimmt, das durch die Differenzierung der Wähler nach der Steuerleistung in drei Kurien und einer allgemeinen vierten Kurie den Einfluß der deutsch-national-freiheitlich bürgerlichen Kräfte absicherte.⁷⁴ Eine Novellierung im Jahre 1909 durch die Einführung des Proportionalwahlrechts im dritten und vierten Wahlkörper anstelle des Mehrheitswahlrechts änderte an der schwachen Stellung der sozialdemokratischen und christlichsozialen Opposition nichts.⁷⁵ Eine weitere Abänderung der Gemeindewahlordnung, die gewisse Konzessionen an die Sozialdemokraten enthielt, aber noch immer auf dem Grundsatz des Zensus beruhte, wurde vom Gemeinderat im Februar 1914 zwar angenommen; ihr blieb aber die Sanktion der Regierung versagt.⁷⁶ Während des Krieges setzten die Sozialdemokraten sowohl aus grundsätzlichen wie auch aus taktischen Gründen ihre Bemühungen zur Erringung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts mit Einschluß des unbeschränkten aktiven und passiven Frauenwahlrechts fort.⁷⁷

⁷³ Tätigkeitsbericht der Sozialdemokratischen Partei Oberösterreichs 1. 1.–31. 12. 1927, 24.

⁷⁴ Gemeindevertretung der Stadt Linz (wie Anm. 33), 28 ff.

⁷⁵ Fritz Mayrhofer, Franz Dinghofer – Leben und Wirken (1873–1956). In: HistJbL 1969, 71.

⁷⁶ Mayrhofer (wie Anm. 75), 72 f.; Rechenschaftsbericht des Gemeinderates der Landeshauptstadt Linz über seine Tätigkeit im Jahre 1914 (zitiert als: Rechenschaftsbericht), 13 ff.

⁷⁷ ASiL, Gemeinderatsprotokolle (GPR) vom 31. Jänner und 9. Mai 1917; Slapnicka, Von Hauser (wie Anm. 4), 33.

Grundlegend für die Gemeindepolitik der Zwischenkriegszeit waren die Gemeindestatute 1920 und 1931.⁷⁸ Das Statut von 1920 war die Kulmination eines Prozesses, der in der Monarchie begann und durch den Krieg und den Zusammenbruch der Monarchie beschleunigt wurde. Vergleicht man das Statut von 1904 mit dem von 1920, so ist die demokratische „Umwälzung“ in der Linzer Politik nicht so sehr aus dem neuen Statut, sondern aus dem neuen Wahlrecht ersichtlich, d. h., im völligen Wegfallen des Steuerzensus, in der Herabsetzung des aktiven Wahlrechts von 24 auf 20 Jahre und der Wahlberechtigung der Frauen. Von den wichtigeren neuen Bestimmungen des Statuts wären zu nennen: Erhöhung der Zahl der Mitglieder von 48 auf 60, Mandatsdauer von vier Jahren, Ergänzung verstorbener oder ausgetretener Gemeinderäte nach der Reihung auf den Kandidatenlisten der wahlwerbenden Parteien, drei Bürgermeister-Stellvertreter anstatt zwei, die Bildung des Stadtrates – eine alte sozialdemokratische Forderung –, bestehend aus dem Bürgermeister, den drei Vizebürgermeistern und acht Stadträten, wobei die im Gemeinderat vertretenen politischen Parteien dem Stärkeverhältnis nach zu berücksichtigen waren.⁷⁹ Diese Bestimmung schuf, wie oben angeführt, eine Art Kabinettsregierung mit verteilten Portefeuilles und legalisierte den Geist der Kooperation zwischen den maßgeblichen Parteien, da die Geschäftsbereiche auf alle Stadtratsmitglieder aufgeteilt werden mußten. Man kann den Stadtrat natürlich nicht mit einer großen Koalition vergleichen, da er ja kein Koalitionsausschuß war. Aber das durch Repräsentation im Stadtrat gewährleistete Recht, an der Verwaltung der Stadt und daher an der Ausführung von Gemeinderatsbeschlüssen mitzuwirken, erhöhte das Verantwortungsbewußtsein der Parteienvertreter und war sicher dem Geist der Kooperation zuträglich.⁸⁰

Das Gemeindestatut vom Jahre 1931 reduzierte die Zahl der Stadträte von acht auf sechs, konform dem allgemeinen Verlangen nach Einsparungsmaßnahmen. Nichts änderte sich hingegen an der Bestimmung, daß die Vizebürgermeister und die Stadträte auf die politischen Parteien im Verhältnis ihrer Gemeinderatsmandate aufgeteilt werden mußten. Den Abwehrkampf der Republik gegen Heimwehr-Faschismus und Nationalsozialismus kann man aus der Änderung der Eidesformel der Mandatäre ersehen. Nach dem Statut von 1920 mußten die Mandatäre etwas vage schwören, alle Bürgerpflichten gewissenhaft zu erfüllen, nach der neuen Formel mußten sie die Gesetze der Republik Österreich gewissenhaft beobachten.⁸¹

Bevor das Statut 1920 in Kraft treten konnte, hatte der Linzer Gemeinderat allerdings die schwierigen Kriegsjahre und die turbulente Periode der „österreichischen Revolution“ zu bestehen. Während der ersten Kriegsjahre herrschte im Gemeinderat Burgfrieden. Die deutschnationale Kriegseuphorie dominierte in allen Parteien, die Sozialdemokraten miteingeschlossen. Für die deutschnationale Position der Linzer Sozialdemokraten ist u. a. ihre Zustimmung zu einem Beschluß des Gemeinderates augenscheinlich, die Regierung aufzufordern, den wirtschaftlichen Anschluß Öster-

⁷⁸ Gemeindevertretung der Stadt Linz (wie Anm. 33), 32–41.

⁷⁹ Eduard Straßmayr, Die Linzer Stadtvertretung von ihren Anfängen bis zur Gegenwart. In: JbL 1935, 87.

⁸⁰ Gerlich, Local Government (wie Anm. 34), 2–12.

⁸¹ Gemeindevertretung der Stadt Linz (wie Anm. 33), 39.

reichs an Deutschland unverzüglich vorzubereiten.⁸² Von den acht Kriegsanleihen, die von der Stadt Linz gezeichnet wurden, stimmten die Sozialdemokraten für die ersten sechs.⁸³ Im Dezember 1917 stimmten sie zum ersten Male dagegen. Bereits im März 1917 distanzierte sich die Linzer Sozialdemokratie wohl unter dem Eindruck der russischen Februarrevolution etwas von den bürgerlichen Parteien. Josef Gruber, der wohl bedeutendste oberösterreichische sozialdemokratische Politiker der Zwischenkriegszeit, verlangte, daß man den breiten Massen ihren Anspruch auf Gleichberechtigung erfüllen müsse⁸⁴, und forderte im Juni 1917, daß die Entscheidung über Krieg und Frieden in die Hände der Massen zu legen sei. Er stimme nunmehr zum letzten Male einer Kriegsanleihe zu, „weil das Maß der Verantwortung, das die Sozialdemokratie übernehmen könne, voll sei“.⁸⁵ Diese Linkswendung der Sozialdemokraten reflektiert die Erbitterung der Massen, verursacht durch die Krise der Lebensmittelversorgung, durch das Ansteigen von Krankheiten und Verbrechen, durch die Wohnungsnot und wohl auch durch das Beispiel der russischen Oktoberrevolution.⁸⁶

Sozialdemokraten wie Gruber forderten zwar ein Ende des Krieges und proklamierten ihre Solidarität mit den revolutionären Massen in Rußland, hatten aber selbst keine Ambitionen, die Straße zur Erreichung ihrer ideologischen Fernziele zu mobilisieren. Als Pragmatiker der politischen Aktualität wurden sie von der allerdings kleinen Zahl politisch aktiver Arbeiter abgelehnt, die im Dezember 1917 einen Arbeiterrat in Linz gründeten und sich in führender Rolle am großen spontanen Jännerstreik von 1918 beteiligten.⁸⁷ Die streikenden Arbeiter waren willens, mit den sozialdemokratischen Führern zusammenzuarbeiten. Ihrer Meinung nach sollten sich die Ziele der Arbeiterschaft nicht nur auf Agitation zur Beendigung des Krieges, auf die Wahlreform und auf die Verbesserung der Ernährungs-, Gesundheits- und Wohnungssituation beschränken, sondern sich auch auf weitergehende konkrete sozialstrukturelle Maßnahmen erstrecken. Die sozialdemokratische Führerschaft in Linz demonstrierte aber eine antisozialrevolutionäre Haltung. Ihre Politik war auf Besänftigung der Arbeiter, Erringung des Wahlrechts und Unterstützung der Behörden in der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung gerichtet.⁸⁸ Die Politik der pragmatischen Mäßigung war erfolgreich. Wohl begann es in der nach der Beilegung des Jännerstreiks ruhigen Arbeiterschaft im Herbst 1918 wieder zu gären, aber die Ereignisse in den folgenden eineinhalb Jahren zeigten, daß der Linksradikalismus in Linz keine feste Basis besaß, daß hier keine Räterepublik zu verlieren war.

⁸² Rechenschaftsbericht 1915, 525 f. Die Linzer Sozialdemokraten befanden sich in dieser Frage auf der Linie Karl Renners, der sich für die Mitteleuropaphantasien des deutschen Politikers Friedrich Naumann im Gegensatz zum linken Parteiflügel, vertreten etwa durch Robert Danneberg, einsetzte, der den Zweck eines Schutzzollsystems in Mitteleuropa als die Fortsetzung des Krieges mit wirtschaftlichen Mitteln interpretierte. Dazu Walter Pollak, Sozialismus in Österreich. Von der Donaumonarchie bis zur Ära Kreisky, Wien 1979, 114.

⁸³ Mayrhofer (wie Anm. 75), 84.

⁸⁴ ASiL, GPR vom 7. März 1917.

⁸⁵ ASiL, GPR vom 6. Juni 1917.

⁸⁶ Slapnicka, Von Hauser (wie Anm. 4), 11; Robert Mateja, Oberösterreich im I. Weltkrieg, phil. Diss., Innsbruck 1948; Mayrhofer (wie Anm. 75), 76–84.

⁸⁷ Allgemein dazu Hans Hautmann, Die verlorene Räterepublik, Wien 1971, 43–61; im besonderen Slapnicka, Von Hauser (wie Anm. 4), 38; Mateja (wie Anm. 86), 86 ff. Ungefähr 5800 Arbeiter beteiligten sich an dem Streik.

⁸⁸ Dazu u. a. Grubers Ausführungen im Gemeinderat anlässlich des Jännerstreiks (ASiL, GPR vom 18. Jänner 1918).

Anfangs schien der Kollaps der Monarchie zwar auch in Linz die Frage zu stellen, ob das Machtvakuum mit den etablierten staatlichen Gremien oder mit neuen Institutionen zu füllen sei, um nicht nur eine politische, sondern auch eine sozial-ökonomische Transformation herbeizuführen. Auf beiden Ebenen, der der traditionellen Gremien und der der neuen Institutionen, waren die etablierten politischen Parteien die maßgeblichen Akteure. Den sich am 1. November 1918 spontan bildenden Soldatenräten gelang es zwar nicht, die Ausschreitungen unmittelbar nach Ausrufung der Republik zu verhindern; doch schon nach wenigen Tagen lenkten die von den Sozialdemokraten kontrollierten Soldatenräte die revolutionären Tendenzen der Heimkehrer in relativ geordnete Bahnen, so daß es, im Gegensatz zu Wien, zu keinerlei ernstlichen Putschversuchen kam.⁸⁹ Der maßgebliche Mann im Soldatenrat war anfangs Eduard Euller, seit 1909 sozialdemokratischer Gemeinderat, später auch Landtagsmitglied, Bürgermeister von Linz und Bundesrat. Vordringlichste Aufgabe war für ihn, daß die Landesregierung eine rechtliche Grundlage für die Soldatenräte zu schaffen habe.⁹⁰ Wer so spricht, wird nicht vom revolutionären Eifer verzehrt. Diese antirevolutionäre Haltung ist auch in der Stellungnahme des Obmannes des Landes-soldatenrates Franz Kelischek (sozialdemokratischer Gemeinderat von 1919 bis 1921) evident, der als Pflichten des Soldatenrates die Aufrechterhaltung der Disziplin, die Unterdrückung des Bolschewismus und den Schutz der Republik gegen ihre Feinde bezeichnete.⁹¹

Bedeutender als die Rolle der Soldatenräte in Linz wurde die der Arbeiterräte. Ursprünglich eine Gründung der Sozialdemokraten, wurden sie auch weiterhin von diesen dominiert, obwohl es zu erheblichen Spannungen zwischen Radikalen und Gemäßigten kam. Der führende sozialdemokratische Politiker im Arbeiterrat war Richard Strasser (Gemeinderat von 1919 bis 1923 und 1926 bis 1934, auch Landtagsabgeordneter zwischen 1919 und 1931 und dann 1933 und 1934).⁹² Er zeichnete sich zwar durch einen außergewöhnlichen Verbalradikalismus aus, verblieb aber immer im Schoß der Partei. Nach seiner Konzeption hatte sich die Arbeiterschaft in den Arbeiterräten ein Werkzeug ihres revolutionären Willens geschaffen. Die Arbeiterräte hätten über die bisherigen Errungenschaften der Revolution zu wachen und den gesetzgebenden Körperschaften solange anspornend und drohend gegenüberzustehen, bis die Gefahr der Reaktion vorüber und die sozialdemokratischen Ziele gesichert seien.⁹³ Man kann nicht von der Hand weisen, daß es sich hier um echte taktische Differenzen zwischen Radikalen wie Richard Strasser und Richard Bernaschek⁹⁴ einerseits und den Führern der sozialdemokratischen Partei wie Josef Gruber und Josef Dametz andererseits gehandelt hat. Man muß aber auch diesen Verbalradikalismus als ein potentes Instrument ansehen, dem wachsenden Einfluß der Kommunisten

⁸⁹ Slapnicka, Von Hauser (wie Anm. 4), 49 ff.; Staudinger, Ereignisse (wie Anm. 62), 79. Für die Ereignisse des 1. November vgl. Linzer Tages-Post vom 2. November 1918.

⁹⁰ Slapnicka, Von Hauser (wie Anm. 4), 50.

⁹¹ Wie Anm. 90.

⁹² Slapnicka, Führungsschicht (wie Anm. 4), 253 f.

⁹³ Richard Strasser, Ein Rückblick auf den Linzer Arbeiterrat. In: Oberösterreich und die Novemberrevolution 1918. Für seine Landsleute zusammengestellt von einem Oberösterreicher, Linz 1928, 55–61; Slapnicka, Von Hauser (wie Anm. 4), 43; Hautmann, Räterepublik (wie Anm. 87), 134.

⁹⁴ 1920 neben Richard Strasser, zweiter Obmann im Arbeiterrat. Slapnicka, Führungsschicht (wie Anm. 4), 43.

entgegenzutreten.⁹⁵ In der Tat war die Taktik der Sozialdemokraten erfolgreich. Noch im Jahre 1919 wechselte ein Großteil der Linzer Kommunisten zur Sozialdemokratie über.⁹⁶

Nun mag zwar in Wien und Niederösterreich vom November 1918 bis August 1919 eine revolutionäre Situation bestanden haben⁹⁷, in Linz kann davon kaum die Rede sein.⁹⁸ Der erste große Gewaltausbruch in Linz am 4. und 5. Februar 1919 kann nicht auf kommunistische Agitation zurückgeführt werden. Es war ein spontaner Hungerkrawall, der zu ausgedehnten Plünderungen führte, ein Verzweiflungsausbruch der Bevölkerung, keine gezielte revolutionäre Aktion.⁹⁹ Die staatlichen Organe reagierten mit der Verhängung des Standrechts, eine Maßnahme, die vom Linzer Arbeiter- und Soldatenrat unterstützt wurde, und brachten 1200 Angehörige der Volkswehr aus Wien und Amstetten in die Stadt, um die Ruhe wieder herzustellen.¹⁰⁰ Der zweite schwere Gewaltausbruch ereignete sich am 10. Mai 1920. Dieses Ereignis markiert zugleich auch das Ende der „revolutionären“ Periode in Linz. Eine von den Kommunisten inszenierte Teuerungs demonstration führte zu einer Schießerei mit der Volkswehr und zur Verhängung des Standrechts. Sie konnte nur blutig unterdrückt werden.¹⁰¹ Man kann zwar in den Demonstranten ein mobilisierbares revolutionäres Potential sehen, aber es war niemand da, dieses Potential in revolutionäre Aktion umzusetzen. Die Organe, die zur Führung einer Revolution unbedingt notwendig gewesen wären, wurden von den Sozialdemokraten beherrscht, denen es nach und nach gelungen war, die Arbeiter- und Soldatenräte an die Peripherie der Politik zu verweisen. Die gemäßigten Sozialdemokraten waren zu keiner Zeit bereit, ein Regime zu errichten, das von den Räten und nicht von den parlamentarischen Gremien getragen wurde. In diesem Sinne agierten auch in Linz die Sozialdemokraten staats erhaltend und waren darüber hinaus auch verbal weniger versucht als die Wiener Zentrale, die Wachablöse des Jahres 1918 zur „Revolution“ zu erhöhen.¹⁰² Hier war jedenfalls die Integration der Arbeiterbewegung in den Staat, besonders ihrer Führerschaft, schon so weit fortgeschritten, daß ein anderer Weg zum Sozialismus als der über die parlamentarische Demokratie nicht mehr „denkbar“ war. Es ist aber auch offensichtlich, daß die sozialdemokratische Führerschaft in Linz, wie anderswo, sich des Radikalismus

⁹⁵ Die Ortsgruppe Linz der Kommunistischen Partei hatte sich am 21. Februar 1919 konstituiert. Der Einfluß der Kommunisten unter den Arbeitslosen, Invaliden und Heimkehrern war im Steigen begriffen. Bereits zwei Monate später hatte die Partei 2000 Mitglieder. Hautmann, Räterepublik (wie Anm. 87), 135.

⁹⁶ Hautmann, Räterepublik (wie Anm. 87), 203.

⁹⁷ Hautmann, Räterepublik (wie Anm. 87), 76.

⁹⁸ Slapnicka, Von Hauser (wie Anm. 4), 24.

⁹⁹ Selbst ein so voreingenommener christlichsozialer Politiker wie Felix Kern, Bauern- und Kleinhäuserbund (wie Anm. 4), 88, bezeichnete den Gewaltausbruch als einen Hungerkrawall, bei dem eventuell kommunistische Elemente an die Spitze der Demonstranten traten, aber es auch nicht an „besseren“ Leuten fehlte, die sich an den Plünderungen beteiligten.

¹⁰⁰ Botz, Gewalt (wie Anm. 60), 40 f.; AVA, BKA, I, 22 OÖst, Karton 5 099, Dok. 6930-19.

¹⁰¹ Slapnicka, Vor 55 Jahren (wie Anm. 63), 84 ff.; AVA, BKA, I, 22/gen., Karton 5 099, Dok. 28 476/20 („Linz, kommunistische Unruhen am 10. Mai 1920“).

¹⁰² Das bedeutet natürlich nicht, daß die Arbeiter- und Soldatenräte nutzlose Institutionen waren. Auch in Linz erwarben sie sich große Verdienste bei der Lebensmittelaufbringung, der Wohnungsbewirtschaftung und bei anderen Fürsorgeaktionen. Dazu allgemein Hans Hautmann, Räterepublik in Österreich 1918–1924. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 1. Jg., H. 1, Wien 1972, 82.

bediente, um das Bürgertum einzuschüchtern und ihre eigenen politischen Ziele, nämlich die Transzendenz der kapitalistischen Ordnung durch legale Reformen, durchzusetzen.¹⁰³

Der aufgrund eines Erlasses der provisorischen Landesregierung am 16. November 1918 zusammentretende provisorische Gemeinderat stellte eine partielle Anpassung an die tatsächlichen Machtverhältnisse dar. Die Mandatsziffer war von 48 auf 57 erhöht worden, um den geänderten Verhältnissen Rechnung zu tragen, die Mandatsverteilung (31 Deutschfreiheitliche, 19 Sozialdemokraten und 7 Christlichsoziale) war jedoch noch immer unrealistisch. Aufgrund von Parteienvereinbarungen stellten die Deutschnationalen den Bürgermeister (Karl Sadleder) und den 1. Vizebürgermeister (Dr. Fritz Ruckenstein), die Sozialdemokraten den 2. Vizebürgermeister (Josef Dametz).¹⁰⁴ Sadleder, als Vertreter der Bürgerlichen, bezeichnete, wie nicht anders zu erwarten, als erste Pflicht des Gemeinderates die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung. Dametz interpretierte seine Wahl als Beweis, daß der Arbeiterschaft der Aufstieg nicht mehr verweigert werden könne.¹⁰⁵ Interessanter war die Grundsatzerklärung Josef Grubers, die das Dilemma der Sozialdemokraten dokumentierte, das Ziel der Umgestaltung des Staates im sozialistischen Sinne mit der mühsamen und undankbaren Arbeit des politischen und sozialen Alltags zu vereinen. Einerseits postulierte Gruber einen klaren Unterschied zwischen den ideologischen Zielen der Sozialdemokraten und der bürgerlichen Parteien, andererseits distanzierte er sich von jeder Politik der Straße und offerierte die sozialdemokratische Kooperationsbereitschaft in der Verwaltung des Gemeinwesens.

Wir Sozialdemokraten sind die Partei des klassenbewußten, zum Klassenkampf erzogenen Proletariats... Aus diesem Grunde haben wir... bei allen Fragen ökonomischer und politischer

¹⁰³ So warnte Gruber beispielsweise die Bürgerlichen im September 1919: *Träumen Sie ja nicht von einem Zustand der Reaktion. Ein neuer Umsturz droht uns und Sie sind nicht imstande, die Bewegung aufzuhalten, wenn wir nicht an unserem Platze stehen und uns gegen die Massen wenden.* (ASTL, GPR vom 19. September 1919). Oder in einer Polemik gegen die Tages-Post, die repräsentative bürgerliche Zeitung: *Wenn das nächstmal wieder... eine solche Menschenmasse in der Stadt zusammenströmt, dann könnten schon Mittel und Wege gefunden werden, daß sich die Demonstranten nicht zur Landesregierung begeben, sondern zu jener Presse, die gewissenlos genug ist, die Bevölkerung... zu verhetzen... Damals, in den Tagen des Umsturzes... ist von der bürgerlichen Presse kein Widerstand geleistet worden... Das hat die Angst vor den Massen gemacht... Immer mehr bringen wir die Massen der Arbeiterschaft in geregelte Bahnen, und nun wird das falsch ausgelegt. Dieser Erfolg wird so gewertet, als wenn die Arbeiterschaft weniger revolutionäre Kräfte hätte als früher... Nun traut sich auf einmal so ein Pressegocek auf den Mist und kräht.* (ASTL, GPR 15. Juli 1921).

¹⁰⁴ Karl Sadleder, Gemeinderat von 1913 bis 1926, 2. Vizebürgermeister von 1915 bis 1918, Bürgermeister 1918 bis 1919 und 3. Vizebürgermeister von 1919 bis 1923, war bis zu seinem Ausscheiden der Hauptsprecher der Deutschnationalen, in deren Organisationen er eine bedeutende Rolle spielte. Er war ein entschiedener Freund der Heimwehrbewegung, virulenter Antisemit, fanatischer Befürworter des Anschlusses und vereinigte in seiner Person die starken autoritären Tendenzen des deutschnationalen Lagers. Vgl. Slapnicka, Führungsschicht (wie Anm. 4), 226 f.; Grill, Bürgermeisterbuch (wie Anm. 30), 113 f. Auch Dr. Fritz Ruckenstein, im Gemeinderat von 1897 bis 1919, war ein begeisterter Verfechter des Deutschnationalismus in Linz und für eine autoritäre Lösung politischer Probleme. So war er beispielsweise Mitverteidiger im Pfrimerprozeß. ASTL, Mandatskartei; Fritz Ruckenstein, Zur Familiengeschichte des alten Linzer Geschlechtes der Ruckenstein, Linz 1938; Kurt K. Tweraser, The Politics of Patricide in Linz, Austria. Dr. Carl Beurle and the Triumph of German Nationalism, Paper, Western Association for German Studies, Wichita, Oktober 1980.

¹⁰⁵ ASTL, GPR vom 16. November 1918.

Art das Klasseninteresse des Proletariats voranzustellen und dahin zu wirken, daß jede Verdunkelung und Verhüllung der Klassegegensätze vermieden wird. Somit trennt uns eine ganze Weltanschauung von Ihnen. Uns ist die Zukunft des neuen Staates zu heilig, als daß wir durch irgendwelche abenteuerliche Bestrebungen den jungen Bestand des demokratischen Freistaates gefährden wollten.¹⁰⁶

Gruber scheint hier zu sagen, daß Demokratie und republikanische Verfassung die unantastbare Voraussetzung für eine Weiterentwicklung in Richtung Sozialismus waren. Nur wurde halt auf der bürgerlichen Seite hinter den sozialdemokratischen reformatorischen Ideen das Gespenst des Bolschewismus sichtbar. Vom Standpunkt der bürgerlichen Kräfte war es weniger wichtig, daß sich die Sozialdemokraten zur Realisierung ihrer Ziele auf die demokratische Methode festgelegt hatten, sondern daß sie in bezug auf ihre Ziele „revolutionär“ waren, d. h., daß sie Ziele hatten, die, wie auch immer verwirklicht, die bürgerlichen Interessen streng einschränken würden.¹⁰⁷

Das politische Geschehen im Jahre 1919 stand auch im Zeichen wichtiger Wahlen, der Wahl zur konstituierenden Nationalversammlung vom 16. Februar 1919 und die Wahlen zum Landtag und zum Gemeinderat am 18. Mai 1919. Zusammen mit den Nationalratswahlen vom 17. Oktober 1920 erhellen sie die machtpolitische Konstellation in der Stadt. Die Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung waren wohl auch in Linz ein Volksentscheid zwischen Monarchie und Republik.¹⁰⁸ Überraschend gut schnitten die Deutschnationalen ab, die in den Städten unter dem Banner des Oberösterreichischen Volksbundes auftretend, den Kollaps der Monarchie enthusiastisch begrüßt hatten und auf das nachdrücklichste für den Anschluß an Deutschland eintraten. Die Sozialdemokratische Partei verdankte ihren Erfolg hauptsächlich zwei Gründen. Sie konnte als die Partei des Friedens auftreten. Viele Stimmen für die Sozialdemokraten waren ein Protestvotum gegen den Krieg; sie konnten auch die durch die Ernährungskrise geschürte radikale Haltung der Stadtbevölkerung, die sich gegen die christlichsozialen Bauern wandte, für sich ausnutzen. Trotz aller Agitation zeigte sich auch die Neigung der etablierten Parteien, durch Vereinbarungen die

Tabelle 1. Wahlen in Linz, 1919 und 1920 *

	Sozial- demokraten	Christlich- soziale	Deutsch- freiheitliche	Kommunisten
Konstituierende Nationalversammlung	20.915	8.666	10.970	
16. 2. 1919	51,58	21,37	27,05	
Gemeinderatswahlen	24.600	12.555	7.358	
18. 5. 1919	55,26	28,20	16,54	
Nationalratswahlen	23.792	13.476	13.389	740
17. 10. 1920	46,13	26,13	25,96	1,43

* Quellen: Tages-Post vom 17. Februar 1919; AStL, Alte Registratur, Sch. 80; Wahlen und Parteien in Österreich. Österreichisches Wahlhandbuch, hrsg. v. Rodney Stiefbold, 3. Bd., Wien 1966.

¹⁰⁶ Wie Anm. 105; auch Kulczycki, Dametz (wie Anm. 30), 199.

¹⁰⁷ Für eine eindringliche Zusicherung, daß die Sozialdemokratie ihre Ziele ausschließlich mit friedlichen Mitteln erstreben werde, vgl. Gruber: *Man darf in der Politik nicht eine Methode suchen, welche den gegenseitigen Haß zugrunde liegen hat ... Wir haben in allen Vertretungskörpern durch die Befolgung der demokratischen Methode einen Verhandlungsboden geschaffen, der es uns möglich macht, wieder einen Schritt weiterzukommen* (AStL, GPR vom 20. Februar 1920).

¹⁰⁸ Bauer, *Revolution* (wie Anm. 70), 140.

Wahlwerbung gemäßigt durchzuführen, um in dieser bewegten Zeit eine ruhige Abhaltung der Wahlen zu gewährleisten.¹⁰⁹

Interessanter für unsere Zwecke ist die Gemeinderatswahl vom Mai 1919, die im Gemeinderat zwei Fragen zur Debatte brachte, nämlich die Eingemeindung Urfahrs und die Ausarbeitung der Gemeinderatswahlreform. Die Eingemeindung Urfahrs wurde einstimmig vom Gemeinderat angenommen und von der provisorischen Landesversammlung mit Wirkung vom 1. Juni 1919 für rechtsgültig erklärt. Die Stimmen der Bevölkerung von Urfahr und dem Pöstlingberg wurden aber bereits bei den Gemeinderatswahlen der Stadt Linz zugezählt.¹¹⁰ Auch in der Frage der Gemeinderatswahlreform sahen die bürgerlichen Parteien ein, daß in dieser Zeit kein Platz mehr für ein Zensuswahlrecht sei. In einigen strittigen Aspekten, wie einer Seßhaftigkeitsklausel für das aktive Wahlrecht, überwand Grubers Warnung jedweden Widerstand. Je rascher die Wahlen vorgenommen würden, führte er aus, desto ruhiger und besonnener wäre die Stimmung in der Bevölkerung. Das begreifliche Bestreben der Bevölkerung mitzuarbeiten, würde sich sonst in anderer Weise äußern.¹¹¹

Die Gemeinderatswahlen 1919 brachten den Sozialdemokraten die absolute Mehrheit im Linzer Gemeinderat. Man kann das nicht nur auf die Stimmen Urfahrs zurückführen, sondern auch darauf, daß 1919 ein ansehnlicher Teil des antiklerikalen Mittelstandes noch durchaus geneigt war, sozialdemokratisch zu stimmen. Da jedoch die von den Sozialdemokraten forcierte Sozialgesetzgebung nur geringe Rücksicht auf diese Randschichtenwähler nahm, wählten sie später vermutlich wieder deutschnational. Die daraus resultierenden Stimmenverluste der Sozialdemokraten und die korrespondierenden Stimmengewinne der Deutschnationalen bei der Nationalratswahl vom Oktober 1920 sind auch in Linz deutlich bemerkbar.¹¹² Die politische Schwächung des Bürgerturns ist aus dem beträchtlichen Wandel in der Mandatsverteilung des Gemeinderates ersichtlich. (Tabelle 2)

Tabelle 2. Zusammensetzung des Linzer Gemeinderates 1913–1919 (in Prozenten und absoluten Zahlen)

Partei	1913	1918	1919
Sozialdemokraten	16,7 (8)	33,3 (19)	55,3 (33)
Christlichsoziale	8,3 (4)	12,3 (7)	28,2 (17)
Deutschnationale	75,0 (36)	54,4 (31)	16,5 (10)
	100 (48)	100 (57)	100 (60)

¹⁰⁹ Kern, Bauern- und Kleinhauslerbund (wie Anm. 4), 84 und 97 ff.; Tätigkeitsbericht der Sozialdemokratischen Partei Oberösterreichs 1. 7. 1923–30. 6. 1924, 12 f.

¹¹⁰ ASL, GPR vom 21. März 1919 und 11. April 1919; Gemeindevertretung der Stadt Linz (wie Anm. 33), 33; Emil Puffer, Die Gemeindevertretung von Urfahr. In: HistJbL 1979, 156 ff.

¹¹¹ ASL, GPR vom 11. April 1919.

¹¹² Beim Stimmengewinn der Deutschnationalen, die nunmehr als Großdeutsche auftraten, spielte augenscheinlich auch der Zufall eine Rolle. Die Kommunisten versuchten am 14. Oktober eine Wahlversammlung der Großdeutschen zu sprengen, wurden aber von den nationalen Turnern handgreiflich daran gehindert. Diese erfolgreiche Unterdrückung eines kommunistischen Störversuchs gab den Großdeutschen erheblichen Auftrieb in Linz, im Gegensatz zu ihrem eher düftigen Abschneiden im übrigen Bundesgebiet. Vgl. Linzer Volksblatt vom 19. Oktober 1920.